

Eine Antwort auf Brigitte Erlers „Tödliche Hilfe“

Hilfe nicht verweigern!

Aber vieles müßte anders gemacht Werden

19. Juli 1985, 8:00 Uhr / Aktualisiert am 22. November 2012, 4:05 Uhr

AUS DER ZEIT NR. 30/1985



Von Uwe Holtz

Wenn Staaten der Dritten Welt einen selbstbestimmten demokratischen, sozial gerechteren Entwicklungsweg gehen wollen und händeringend, um Hilfe rufen, dann dürfen Sozialdemokraten nicht einfach weghören.

Wenn Sahel-Länder Unterstützung von außen wünschen, um den Vormarsch der Sahara zu stoppen, dann kann man nicht von vornherein abwinken.

Wenn es um die Solidarität mit Hungernden und Unterdrückten oder mit vom Kolonialismus frei gewordenen Ländern wie Guinea-Bissau und Kap Verde geht, dann können wir keine Verweigerungshaltung einnehmen.

Aber gerade eine solche Haltung empfiehlt Brigitte Erler, wenn sie die sofortige Abschaffung der Entwicklungshilfe fordert, weil diese allen – ganzen Ländern wie einzelnen Betroffenen – scha-

Ihre Fundamentalkritik belegt sie durch negative Projektbeispiele der deutschen Entwicklungshilfe in Bangladesch. Ich könnte weitere hinzufügen – aber ich müßte der Redlichkeit wegen auch die positiven Gegenbeispiele nennen. So habe ich noch in diesem März im westafrikanischen Benin ein sinnvolles Umweltschutzprojekt und in Ghana Handpumpen in Augenschein nehmen können, deren Wasser durchschnittlich 500 Dorfbewohnern kostenlos zugute kommt (und nicht einigen wenigen Großbauern wie in Bangladesch).

Aber es bleibt wichtig, die Fehler der Entwicklungspolitik und von Entwicklungsprojekten aufzudecken, um aus ihnen zu lernen. Entwicklung – und das gilt auch für die eigene Gesellschaft – ist und bleibt ein Lernprozeß. Daß die Entwicklungshilfe der Bundesregierung nicht wirksam genug ist, ergibt sich auch aus einer internen „Querschnittsauswertung“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Auswertung

zieht aus den 1983 abgeschlossenen 40 Projekt- und Programmuntersuchungen 30 als für eine Bewertung geeignet heraus. Ein Drittel von ihnen erhielt uneingeschränkt das Gesamturteil „positiv“. Die verbleibenden zwei Drittel wurden eingestuft als „eingeschränkt positiv“ und „teils positiv, teils negativ“ sowie „überwiegend negativ“. Dabei wird deutlich, daß die Verantwortung für Mängel das Ministerium oder dessen nachgeordnete Organisationen tragen, des öfteren sind die Mißstände auf Entscheidungen oder Rahmenbedingungen im Entwicklungsland zurückzuführen, und einmal mehr wird an Beispielen belegt, daß der Erfolg selbst perfekt konzipierter Entwicklungsprojekte vermindert wird, wenn es an qualifiziertem Projektpersonal fehlt.

Der Schlußfolgerung, ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in allen Ländern der Dritten Welt besser, kann nur zustimmen, wer pauschal alle Länder und alle Regime über einen Leisten schlägt. Man braucht Brigitte Erlers Empfehlungen nur auf Botswana, Costa Rica oder Nicaragua zu übertragen (keine Entwicklungshilfe, weil sie schadet; helft Euch selbst, zahlt mehr Steuern – Hilfe würde die Korruption vergrößern, die Reichen noch reicher machen), um zu sehen, daß eine pauschale Befolgung ihrer Empfehlungen in die Irre führen würde.

Ärgerlich ist, daß eine Fachfrau das ebenso alte, wie falsche Argument weiter verfiicht, Entwicklungshilfemittel setzten in den Entwicklungsländern Geld für andere Zwecke frei, besonders für militärische. Jeder Sachkundige weiß, daß das nicht stimmt: Die Finanzierung jedes Projektes wird in der Regel von angemessenen Leistungen des einheimischen Projektpartners abhängig gemacht (worüber häufig Vertreter aus Entwicklungsländern und auch von Nichtregierungsorganisationen in der Bundesrepublik Klage führen) – und der ist in Bangladesch wie in den meisten anderen Entwicklungsländern direkt oder indirekt der Staat.

Werden die Reichen wirklich nun immer reicher durch die Entwicklungshilfe? Dies ist in Ländern mit großer Ungleichheit leider zu oft der Fall, weil Entwicklungshilfe in die bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse einbezogen ist. Dies trifft kaum auf solche Länder zu, die eine sozial gerechtere Politik befolgen und dementsprechend innere Reformen durchführen. Im übrigen gibt es eine Reihe von Projekten, in denen versucht wird, zum Beispiel die Eigentumsverhältnisse auf Projektebene durch die Förderung von Genossenschaften aufzubrechen.

Ebenfalls zu einseitig sieht Brigitte Erler, daß die Entwicklungshilfe Abhängigkeit verlängert oder gar neu begründet. Aber sie sieht nicht jene Entwicklungshilfe, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten abbauen hilft (so minderte die massive entwicklungspolitische Förderung der

Konfliktrandstaaten unter der ehemaligen Ministerin Marie Schlei deren Abhängigkeit von Südafrika) und durch die Förderung von Binnenmarktentwicklung und regionaler Kooperation die Eigenständigkeit steigert. Ein totaler Stopp der Entwicklungshilfe würde die Entwicklungsländer dem Treiben der Privatbanken und der multinationalen Konzerne völlig überantworten.

Aus Solidarität und humanitären Gründen bleibt Entwicklungshilfe als Hilfe zum Überleben und als Beitrag zur politischen, wirtschaftlichen und einer sozial gerechten Entwicklung weiterhin geboten – auch aus wohlverstandenen gemeinsamen Interessen an Frieden und Ausgleich, Arbeit und Umwelt. Einzelne mögen aus der Entwicklungshilfe frustriert und resigniert aussteigen, eine ganze Partei wie die SPD kann und darf dies nicht. Ein solcher Ausstieg wäre nicht nur unsolidarisch und unmenschlich, er wäre auch politisch nicht durchzuhalten. Eine wirklich linke, also rationale und realistische Kritik muß Widersprüche akzeptieren und darf an Rückschlägen nicht verzweifeln.

Fazit: Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit kann Eigenanstrengungen abtöten, Armut produzieren, neue Abhängigkeiten begründen, undemokratische und ausbeuterische Cliques stabilisieren, wie von Brigitte Erler an Einzelbeispielen beschrieben – sie kann aber ebenso Reformprozesse abstützen, Armut, Elend und Massenkrankheiten beseitigen helfen, einen Beitrag zur Stärkung von demokratischen, gerechteren und sozialeren Lebensbedingungen leisten und somit Hilfe zur Selbstentwicklung sein. Die Hauptlast im Kampf gegen Armut, Abhängigkeit und Unterentwicklung muß eh von den Entwicklungsländern beziehungsweise von der einheimischen Bevölkerung selbst getragen werden.

Was bleibt also von der Kritik? Keinesfalls die Schlußfolgerung, die Entwicklungshilfe völlig einzustellen. Keinesfalls das Sicheinlassen auf die Hoffnung, ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in allen Ländern der Dritten Welt wirklich besser.

Was ich empfehle, ist ein entwicklungspolitischer Durchbruch zu neuen Ufern, der die unter der jetzigen Bundesregierung weit aufgebrochene Lücke zwischen den vom Bundestag und auch der SPD formulierten Zielen und der entwicklungspolitischen Wirklichkeit schließt:

- Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit muß konsequent auf die Bekämpfung der absoluten Armut und die fachlichen Schwerpunkte ländliche Entwicklung, Energie, Umwelt und (Aus-) Bildung ausgerichtet sein, und nicht etwa auf Exportförderung.
- Bestimmende Kriterien für Projekte und Programme müssen die

Beteiligung der Bevölkerung einschließlich Frauen- und Selbsthilfegruppen am Entwicklungsprozeß und die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse sein.

- Bei der Erfolgsbeurteilung von Projekten sollten nicht nur wirtschaftliche Daten, sondern verstärkt auch immaterielle Gesichtspunkte wie Selbstvertrauen, Solidarität und kulturelle Identität berücksichtigt werden.
- Die Entwicklungspolitik muß die nötigen Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer begleiten und Reformprozesse mit abstützen.
- Bevorzugt sind solche Länder und Kräfte zu unterstützen, die sich um die Verwirklichung der Menschenrechte einschließlich gewerkschaftlicher Freiheiten und die Förderung sozialer Gerechtigkeit bemühen. In Diktaturen dürfen allenfalls Projekte und Programme gefördert werden, die der notleidenden Bevölkerung direkt zugute kommen.

Bei dieser Trendausrichtung fühle ich mich bestärkt durch die wachsende Skepsis gegenüber dem Staat als Entwicklungsmotor, die linke Kritiker, wie Gunnar Myrdal und Hartmut Elsenhans, mit konservativen *Verfechtern* der freien Marktwirtschaft, wie Peter T. Bauer, teilen.

Bei diesen Zielen muß die offizielle Politik größere Standfestigkeit und Strenge – auch in Abstimmung mit anderen Gebern – beweisen. Falls sich dies nicht im Einzelfall umsetzen läßt, kommen folgende Konsequenzen in Betracht:

- Abbau bzw. Abbruch der staatlichen Entwicklungshilfe (so wie es die sozial-liberale Bundesregierung gegenüber dem Chile Pinochets praktiziert hat);
- „Entstaatlichung“ der Hilfe, was eine viel stärkere Umlenkung der Entwicklungshilfemittel über nichtstaatliche Organisationen, wie die Arbeiterwohlfahrt, die Kirchen oder Terre des Hommes zur Folge hätte, weil diese an privilegierten Staatsklassen vorbei häufig viel besser „Graswurzelarbeit“ leisten können.

Zu einem umfassenden Nord-Süd-Ausgleich gehört als Kernstück der Aufbau einer leistungsfähigen, gerechten und sozialen Weltwirtschaft. Der Weg führt über großzügige Entschuldungshilfe, breit angelegte Handelsförderung und Befriedigung der Grundbedürfnisse.

„Entwicklungspolitik“, schrieb Erhard Eppler in einem *ZEIT-Artikel* schon 1969, „träumt nicht von der heilen Welt, sie will auch die Welt nicht interpretieren, sie will sie verändern, bescheiden, aber beharrlich, Schritt für Schritt. Sie ist ein

nüchternes Geschäft für nüchterne Menschen.“

Brigitte Eler: „Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe“; Dreisam-Verlag, Freiburg 1985; 106 S., 13,80 DM.